



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
13.06.2018
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Einwohnerversammlungen in den Sozialräumen  
Vorlage: 18/SVV/0265  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.2 B-Plan für die Schiffbauergasse  
Vorlage: 18/SVV/0332  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.3 Weiterentwicklung der Schiffbauergasse als Kultur- und Kreativstandort  
Vorlage: 18/SVV/0338  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  - 3.4 Fanfarenzug wird Ehrenbotschafter der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 18/SVV/0382  
Fraktion DIE LINKE  
(zur Erledigung)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
  - 4.1 Geförderter Wohnungsbau im Bornstedter Feld  
Vorlage: 18/SVV/0376  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
  - 4.2 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen -  
Abschlussberichterstattung  
Vorlage: 18/SVV/0444  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
  - 4.3 Eintritt in den BUGA-Volkspark  
Vorlage: 18/SVV/0455  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
  - 4.4 Berichterstattung zum Fortbestehen des freiLand  
gemäß Beschluss: 18/SVV/0341  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport

- 4.5 Zwischenbericht "Denkmal für die Friedliche Revolution"  
gemäß Beschluss: 18/SVV/0063  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
- 4.6 Freiwillige Regulierung möglicher Rückzahlungsforderungen der Elternbeiträge  
ab dem Jahr 2016  
Vorlage: 18/SVV/0467  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und  
Ordnung
- 4.7 Bericht zum Thema Sonntagsöffnungszeiten  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5 Sonstiges

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über  
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils  
der Sitzung vom 13.06.2018
- 7 Einräumung von Kaufoptionen - Abschluss entsprechender Verträge  
Vorlage: 18/SVV/0421  
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation
- 8 Rückstellungen für Umsatzsteuerforderungen Potsdam Marketing und Service  
GmbH für das Jahr 2017  
Vorlage: 18/SVV/0439  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 9 Vergabe eines Auftrages für IT-Technik LOS 1 für 18 Schulen der  
Landeshauptstadt Potsdam (Lieferung und Anmietung für 60 Monate)  
Vorlage: 18/SVV/0441  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 10 Mitteilungen der Verwaltung
- 10.1 Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH  
Vorlage: 18/SVV/0442  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 10.2 Kommunale Immobilienverkäufe 2018  
Vorlage: 18/SVV/0443  
Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern
- 10.3 Angelegenheiten der ProPotsdam GmbH  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

- 10.4      Angelegenheiten des Ernst von Bergmann-Konzernverbundes  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 10.5      Angelegenheiten der Stadtwerke Potsdam GmbH  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 10.6      Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Errichtung einer  
3-zügigen Grundschule in Babelsberg  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
- 11         Sonstiges

### **Öffentlicher Teil**

*12 (Dring-      Genehmigung einer Dienstreise der Vorsitzenden der  
lichkeits-      Stadtverordnetenversammlung zum "Treffen der Vorsitzenden der Kreistage  
antrag)        und Stadtverordnetenversammlungen" 2018  
Vorlage: 18/SVV/0473  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung*

### **Niederschrift:**

#### **Öffentlicher Teil**

##### **zu 1        Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

##### **zu 2        Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.06.2018**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

##### **Dringlichkeitsbeschlussvorlage:**

- Als **neuer Tagesordnungspunkt 3.5** soll die **Drucksache 18/SVV/0473**, Genehmigung einer Dienstreise der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zum „Treffen der Vorsitzenden der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen“ 2018, ergänzt werden.

##### **Änderung in der Reihenfolge:**

- Der **Tagesordnungspunkt 10.6**, Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Errichtung einer 3-zügigen

Grundschule in Babelsberg, soll **vorgezogen** und **neu als Tagesordnungspunkt 4.8 im öffentlichen Teil der Sitzung** behandelt werden.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 79. Sitzung des Hauptausschusses vom 13.06.2018 wird einstimmig **bestätigt**.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Einwohnerversammlungen in den Sozialräumen**

**Vorlage: 18/SVV/0265**

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein und übergibt das Wort an Herrn Dr. Scharfenberg. Herr Dr. Scharfenberg bringt den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und sagt, dass auch der Ergänzungsantrag der Fraktion SPD sinnvoll sei. Die in dem Antrag vorgeschlagene Ergänzung sowie Terminänderung werde durch seine Fraktion übernommen. Im Anschluss bringt Herr Kolesnyk den als Tischvorlage vorliegenden Ergänzungsantrag seiner Fraktion ein, welcher anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Im Zuge einer vertieften Bürgerbeteiligung werden in den verschiedenen Stadtgebieten (Sozialräume, Stadtteile, Planungsgebiete usw.) regelmäßig Stadtteilkonferenzen durchgeführt.

An diesen sollen der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin und Beigeordnete teilnehmen, über stadtweite Angelegenheiten grundsätzlicher Art und über konkrete Anliegen im jeweiligen Einzugsbereich informieren sowie Fragen der Einwohnerschaft beantworten.

Die weitere Struktur, Tagesordnung und Ablauf der Veranstaltungen ist mit der jeweiligen Einwohnerschaft vor Ort abzustimmen.

Es sollen jährlich etwa sechs solcher Konferenzen stattfinden.

**Zur Themenfindung und Schwerpunktsetzung der Konferenzen werden Hinweise und Anliegen der Maerker- und MaerkerPlus-Plattform stadtgebietsspezifisch ausgewertet und bei der Veranstaltung vor Ort aufgegriffen. Zudem werden parallel zu den Vor-Ort-Veranstaltungen über die MaerkerPlus-Plattform Online-Diskussionsthemen angeboten, um Fragen, Themen, Wünsche und Vorschläge der Einwohnerschaft zu sammeln oder ein Stimmungsbild aus dem jeweiligen Stadtgebiet einzufangen.**

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung im

September ~~September~~ **November** 2018 einen konkretisierten Vorschlag zur Umsetzung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.2 B-Plan für die Schiffbauergasse**  
**Vorlage: 18/SVV/0332**  
Fraktion DIE LINKE

*Die Tagesordnungspunkte 3.2 und 3.3 werden zusammen behandelt.*

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag (Tagesordnungspunkt 3.2) namens seiner Fraktion ein und fasst die Ergebnisse aus den dazu geführten Diskussionen in den Fachausschüssen zusammen. Er betont, dass der Antrag nicht durch Verwaltungshandeln erledigt sei, da noch kein fertiger Bebauungsplan vorliege. Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, sagt, dass jedoch bereits an der Erstellung des Bebauungsplans gearbeitet werde. Der Antrag könne aber trotzdem beschlossen werden.

Herr Schüler bringt den Antrag seiner Fraktion (Tagesordnungspunkt 3.3) ein und sagt, dass beide Anträge die gleiche Zielrichtung hätten und sich ergänzen würden. Er wirbt um Zustimmung für beide Anträge. Der Antrag seiner Fraktion müsse in der Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zur Abstimmung gestellt werden.

Im Anschluss an die Einbringung wird zuerst der Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Fassung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft und anschließend der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung **bis zum 2. Quartal 2019** ~~Ende 2018 einen Aufstellungsbeschluss für einen Entwurf des~~ **Entwurf des** Bebauungsplans zur Sicherung und sinnvollen Weiterentwicklung des Kulturstandortes Schiffbauergasse vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.3 Weiterentwicklung der Schiffbauergasse als Kultur- und Kreativstandort**  
**Vorlage: 18/SVV/0338**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

*Der Tagesordnungspunkt 3.3 wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 3.2 behandelt und anschließend in der Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zur Abstimmung gestellt.*

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Auch für den Zeitraum nach Auslaufen der Förderbindung wird die kulturelle Nutzung der Schiffbauergasse als Kultur- und Kreativstandort fortgeschrieben und die Wohnnutzung **mit Ausnahme des Grundstücks der Villa Tummeley** ausgeschlossen. Dies ist in den auf die Sanierungssatzung folgenden B-Plan-Entwurf aufzunehmen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich weiter energisch für die Gewinnung der Husaren-Kaserne als Standort für die Kunst- und Kreativwirtschaft einzusetzen. Es ist im Stadtgebiet ein gut erschlossenes städtisches Grundstück zu bestimmen, das ggf. zum Tausch angeboten werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen.

**zu 3.4 Fanfarenzug wird Ehrenbotschafter der Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 18/SVV/0382**  
Fraktion DIE LINKE  
(zur Erledigung)

Frau Müller bringt den Antrag namens ihrer Fraktion ein und stellt folgenden Änderungsantrag bezüglich der Terminstellung:

*Der Vorschlag ist dem Hauptausschuss in seiner nächsten Sitzung am ~~27. Juni 2018~~ **29. August 2018** vorzulegen.*

Da es keinen weiteren Diskussionsbedarf gibt, wird der Antrag anschließend inklusive der geänderten Terminstellung zur Abstimmung gestellt:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Fanfarenzug Potsdam soll anlässlich des 55. Jubiläums seiner Gründung am 30. Juni 2018 zum Ehrenbotschafter der Landeshauptstadt Potsdam ernannt werden.**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, in welchem Rahmen diese Ehrung erfolgen und mit welcher Form der Anerkennung sie verbunden sein soll.**

**Der Vorschlag ist dem Hauptausschuss in seiner nächsten Sitzung am 29. August 2018 vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei einer Stimmenthaltung.

**zu 3.5 Genehmigung einer Dienstreise der Vorsitzenden der**  
(Dringlichkeitsantrag) **Stadtverordnetenversammlung zum "Treffen der Vorsitzenden der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen" 2018**  
**Vorlage: 18/SVV/0473**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister bringt die Dringlichkeitsbeschlussvorlage ein. Da es keinen Diskussionsbedarf gibt, wird die Vorlage direkt zur Abstimmung gestellt:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Die Dienstreise der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Frau Birgit Müller zum Jahrestreffen der Vorsitzenden der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen am 24. August 2018 in Rheinsberg, auf Einladung der Landtagspräsidentin, wird genehmigt.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 4            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1        Geförderter Wohnungsbau im Bornstedter Feld**

**Vorlage: 18/SVV/0376**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein. Herr Dr. Scharfenberg fragt, wie hoch der Anteil der geförderten Wohnungen sei. Der Oberbürgermeister antwortet, dass dieser insgesamt bei 100 Prozent liege.

Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss an die Nachfrage zur Kenntnis genommen.

**zu 4.2        Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am LuftschiFFhafen - Abschlussberichterstattung**

**Vorlage: 18/SVV/0444**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen

**zu 4.3        Eintritt in den BUGA-Volkspark**

**Vorlage: 18/SVV/0455**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Der Oberbürgermeister eröffnet den Tagesordnungspunkt. Herr Finken sagt, dass der Prüfauftrag noch nicht komplett erfüllt sei. Es müsse noch geprüft werden, in wie fern es möglich sei, komplett auf die Erhebung von Eintrittsgeldern für den BUGA-Volkspark, ähnlich wie im Park Sanssouci, zu verzichten. Herr Exner, Bürgermeister und Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Finanzen, erklärt, dass auch dazu berichtet worden sei. Würde man keine Eintrittsgelder erheben, so sei auch kein Vorsteuerabzug mehr möglich. Dies sei intensiv geprüft worden.

Der Oberbürgermeister beantragt die Überweisung der Mitteilungsvorlage in den Ausschuss für Finanzen, um dort noch einmal intensiv über die Ergebnisse diskutieren zu können. Dieser **Antrag zur Geschäftsordnung** wird anschließend zur Abstimmung gestellt.

Die **Überweisung** der Mitteilungsvorlage **in den Ausschuss für Finanzen** wird:

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen.

**zu 4.4      Berichterstattung zum Fortbestehen des freiLand  
gemäß Beschluss: 18/SVV/0341**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport

Der Oberbürgermeister erklärt, dass er Weisung an die Gesellschafter der Stadtwerke Potsdam GmbH erteilt habe, den Pachtvertrag mit der Cultus UG, Betreiberin des „freiLand Potsdam“, um ein Jahr zu verlängern. Herr Schüler fragt, ob der Vertrag denn zwischenzeitlich auch schon verlängert worden sei. Der Oberbürgermeister antwortet, dass dies noch nicht passiert sei, aber zeitnah nachgeholt werden soll.

Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 4.5      Zwischenbericht "Denkmal für die Friedliche Revolution"  
gemäß Beschluss: 18/SVV/0063**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum

Frau Dr. Seemann, Leiterin des Fachbereichs Kultur und Museum, berichtet zum aktuellen Stand bezüglich des geplanten „Denkmals für die Friedliche Revolution“ auf dem Luisenplatz. Sie schlägt vor, in der extra für das Denkmal eingerichteten Arbeitsgruppe weiter an dem Projekt zu arbeiten und dort die offenen Fragen bezüglich der Finanzierung und der letztendlichen Gestaltung zu klären.

Herr Dr. Scharfenberg erklärt, dass in den ausgereichten Unterlagen die beiden möglichen Varianten der Gestaltung mit Bodenplatten oder Bänken als Kombination dargestellt worden seien. Der dazugehörige Beschluss sehe die Gestaltung des Denkmals jedoch explizit mit Bodenplatten oder Bänken vor und keine Kombination. Daran sollte auch weitergearbeitet werden. Er persönlich favorisiere die Variante mit den Bänken.

Frau Hüneke schlägt ebenfalls eine „Rücküberweisung“ in die Arbeitsgruppe vor, um weiter an einem konkreten Vorschlag arbeiten zu können. Herr Finken betont, dass die weitere Prüfung ergebnisoffen erfolgen solle. Eine mögliche Finanzierung des Denkmals durch die Landeshauptstadt Potsdam müsse ebenfalls untersucht werden.

Herr Kolesnyk betont, dass es bereits eine Spende für die Realisierung der Variante mit den Bänken gebe. Die Arbeitsgruppe solle weiter an dem Projekt arbeiten. Frau Michalske-Acioglu ergänzt, dass Beschlüsse auch geändert werden können. Die weitere Prüfung in der Arbeitsgruppe solle ergebnisoffen verlaufen.

Der Oberbürgermeister schlägt abschließend vor, dass Thema in der Arbeitsgruppe zum Denkmal für die Friedliche Revolution weiter zu bearbeiten. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

#### zu 4.6 **Freiwillige Regulierung möglicher Rückzahlungsforderungen der Elternbeiträge ab dem Jahr 2016**

**Vorlage: 18/SVV/0467**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

Der Oberbürgermeister bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert die dargestellten Modelle für eine mögliche Rückzahlung. Er sagt zu, zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 29.08.2018 konkrete Zahlen zu den Modellen nachzuliefern.

Herr Dr. Scharfenberg sagt, dass die dargestellte Variante 2 die beste Variante sei. Eine Entscheidung im September sei nach Vorlage der konkreten Zahlen durch die Verwaltung aus seiner Sicht möglich. Herr Schubert, Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, betont, dass die Variante 2 schwer vorab zu kalkulieren sei, da dazu die entsprechenden Zahlen von den Trägern vorliegen müssten. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass dies bei der Entscheidung für eine Variante berücksichtigt werden müsse.

Herr Schubert betont, dass eventuelle Präferenzen für bestimmte Modelle gern vorab kommuniziert werden können. Sollten bestimmte Modelle bereits jetzt ausgeschlossen werden können, würde dies den Prüfaufwand für die Verwaltung verringern.

Herr Finken fragt, ob das Thema Rechtssicherheit als Prüfkriterium berücksichtigt werde. Der Oberbürgermeister antwortet, dass dies im Rahmen der Möglichkeiten mit in Betrachtung gezogen werde. Herr Dr. Scharfenberg fragt, ob die Modelle mit den dazugehörigen Zahlen im September präsentiert werden können. Der Oberbürgermeister bejaht dies.

Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss an die Diskussion **zur Kenntnis genommen**.

#### zu 4.7 **Bericht zum Thema Sonntagsöffnungszeiten**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Jetschmanegg, Leiter des Fachbereichs Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung. Herr Jetschmanegg berichtet im Rahmen einer Präsentation zum neuesten Stand bezüglich der Sonntagsöffnungszeiten 2018. Er geht dabei insbesondere auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 22. Juni 2018, das weitere Vorgehen und die Schlussfolgerungen ein. Im Ergebnis sollen 3 verschiedene Verordnungen erarbeitet werden, die der Stadtverordnetenversammlung am 05.09.2018 zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass das Gerichtsurteil auch sage, dass das Landesgesetz an dieser Stelle nicht deutlich genug sei. Die „Ausstrahlung“ der einzelnen Veranstaltungen sei nicht klar messbar, weshalb nun 3 Verordnungen beschlossen werden sollen.

Herr Kolesnyk macht deutlich, dass der 23.12.2018, welcher als verkaufsoffener Sonntag durch die Verwaltung vorgesehen sei, aus seiner Sicht problematisch sei. Er fragt, warum nicht andere Adventssonntage ausgewählt wurden. Herr

Jetschmanegg antwortet, dass die Tage in Absprache mit dem Handelsverband festgelegt worden seien. Herr Kolesnyk betont, dass er der entsprechenden Verordnung so nicht zustimmen werde.

Die Mitteilung wird im Anschluss **zur Kenntnis genommen**.

**zu 4.8 Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Errichtung einer 3-zügigen Grundschule in Babelsberg**  
(ehem. TOP 10.6)

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport

*Der Tagesordnungspunkt wurde wie zu Beginn der Sitzung festgelegt im öffentlichen Teil als neuer Tagesordnungspunkt 4.8 behandelt.*

Frau Aabel, Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, berichtet mündlich über die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Errichtung einer 3-zügigen Grundschule in Babelsberg. Im Ergebnis sei die Realisierung durch einen privaten Investor gleich günstig oder günstiger möglich, als eine Realisierung durch die öffentliche Hand. Im nächsten Schritt werde eine abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt, auf deren Grundlage die notwendige Genehmigung der Kommunalaufsicht eingeholt werden soll. Ein privater Investor werde ebenfalls gesucht. Eine weitere Berichterstattung könne nach der Sommerpause erfolgen.

Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 5 Sonstiges**

*Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Themen.*